

Braunschweigische
Wissenschaftliche Gesellschaft

Jahrbuch 2018

Sonderdruck
Seiten 165–186



J. CRAMER Verlag · Braunschweig
2019

Menschenwürde im Internationalen Menschenrechtsschutz^{*1}

ANJA SEIBERT-FOHR

Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Juristische Fakultät, Institut für Staatsrecht, Verfassungslehre und Rechtsphilosophie, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Völkerrecht und Menschenrechte, Friedrich-Ebert-Platz 2, DE-69117 Heidelberg

1. Abstract

Die Achtung der Menschenwürde nimmt nicht zuletzt aus historischen Gründen eine zentrale Rolle in der bundesdeutschen Verfassungsstaatlichkeit ein. Angesichts der nationalsozialistischen Gräueltaten fand der Würdebegriff darüber hinaus auch Eingang in die internationalen Menschenrechtsabkommen. Dies entspricht dem der Menschenwürdeidee immanenten universellen Geltungsanspruch. Während sich der Würdebegriff in der Bundesrepublik indes auf einen gemeinsamen Wertekanon stützen kann, stellt dessen Deutung in einer weltanschaulich und religiös diversen Welt die zuständigen internationalen Spruchkörper vor besondere Herausforderungen. Der Vortrag der ehemaligen Vizepräsidentin des UN-Menschenrechtsausschusses beschäftigt sich daher mit Bedeutung und Funktion der Menschenwürdegarantie im Rahmen der internationalen Menschenrechtsabkommen und erläutert, wie der Spagat zwischen Universalitätsanspruch und Pluralität der Wertordnungen gelingen kann.

Als ich die Einladung zur heutigen Veranstaltung „Gesetzmäßigkeiten der Natur und Quellen des positiven Rechts“ erhielt, fühlte ich mich an eine Begebenheit vor etwa zwei Jahren zurückerinnert. Damals sagte ich zu, auf einem interdisziplinären Expertenpodium zum Thema „Globale Forschung – Lokale Verantwortung“ zu sprechen. Wenige Tage zuvor eröffnete mir die Podiumsvorsitzenden, dass sie bei dieser Gelegenheit mit uns auch über Genome Editing diskutieren wolle. Dabei stellte sich heraus, dass sie offenbar davon ausging, dass ich unter Rückgriff auf die Menschenrechte einschließlich der Menschenwürde eine Blaupause bereitstellen könne, mit der sich die ethische Frage der Zulässigkeit der Genomforschung beant-

* Der Vortrag wurde am 15.06.2018 beim Carl-Friedrich-Gauß Kolloquium „Gesetzmäßigkeiten der Natur und Quellen des positiven Rechts“ anlässlich der Jahresversammlung der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft gehalten.

¹ Ich danke Anna-Mira Brandau für die kompetente Unterstützung bei der Literaturrecherche sowie der redaktionellen Überarbeitung.

worten ließe. Obgleich ich in der anschließenden Diskussion das ein oder andere aus völkerrechtlicher Sicht beizutragen hatte, musste ich die Biologin doch mit der Erkenntnis zurücklassen, dass ich ihr nicht den Stein der Weisen überreichen konnte, mit dessen Hilfe sich all ihre Fragen beantworten ließen.

Als ich nun die Einladung erhielt, in Braunschweig über die Menschenwürde im Internationalen Menschenrechtsschutz vorzutragen, zögerte ich initial, nicht nur deshalb, weil über Menschenwürde bereits so viel gesagt und geschrieben wurde, dass ich fürchtete zu keinem wesentlichen Erkenntnisgewinn beitragen zu können, sondern auch deshalb, weil die Deutung des Menschenwürdebegriffs, in meiner fünfjährigen Praxis im UN Menschenrechtsausschuss keine allzu große Prominenz erfahren hat. Jedenfalls wollte ich zu hohen Erwartungen an die Regelungsdichte des Völkerrechts vorbeugen. Gleichwohl und nicht zuletzt in echter Verbundenheit zu Herrn Kirchhof, den ich sehr verehere, sagte ich zu. Daher bitte ich Sie, es mir nachzusehen, wenn ich nicht in der Lage bin, Ihnen alle großen die Würde betreffenden Menschheitsfragen zu beantworten, sei dies nun die Frage nach dem Beginn des Lebens oder nach dem postmortalen Würdeschutz, seien es ethischen Fragen der modernen Medizin oder der Biotechnologie.² Auch die Juristinnen und Juristen unter Ihnen bitte ich um Nachsicht, wenn es hier *nur* um den völkerrechtlichen Bedeutungsgehalt der Menschenwürde geht, der sich, um es vorwegzunehmen, vom bundesdeutschen Regelungsgehalt durchaus unterscheidet.

Warum sage ich das? Ist der Begriff der Menschenwürde nicht notwendigerweise universell? Ergibt sich die Universalität nicht bereits aus dem Bekenntnis zum unveräußerlichen Wert jedes Menschen kraft und aufgrund seines Menschseins? In anderen Worten – und hier sind wir beim zentralen Thema der heutigen Vortragsveranstaltung – folgt der universelle Regelungsgehalt nicht aus der Gesetzmäßigkeit der Natur des Menschen?

Das Menschenwürdekonzept knüpft schließlich essentiell an die Natur des Menschen und damit an die Gesetzmäßigkeit seines Wesens an. Wenn also im positiven Völkerrecht der Begriff der Menschenwürde sehr prominent sowohl in der Präambel der UN Charta als auch in der allgemeinen Menschenrechtserklärung verankert ist, reicht dann nicht der Blick auf die Gesetzmäßigkeit des vorpositiven Seins, sprich der wesensmäßigen Natur des Menschen, zur Definition des rechtlichen Sollens?

2. Menschenwürdegarantien im Rechtsvergleich

Dem wäre wohl so, wenn man sich weltweit darüber einig wäre, was den Menschen wesensmäßig ausmacht, wie dieser Menschenwürdebegriff zu definieren ist und welche rechtliche Funktion ihm zukommt. Aber bereits der Blick in die verschie-

² Zur Beantwortbarkeit dieser Fragen *Bayertz*, Die Idee der Menschenwürde: Probleme und Paradoxien. Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie, Vol. 81, No.4 (1995), 465 (477 ff.).

denen Rechtsordnungen, welcher wertvolle Ansatzpunkte bei der Bestimmung des internationalen Rechtsbegriffs und seiner Reichweite liefern könnte, offenbart einige nicht unerhebliche Unterschiede. Während in der Bundesrepublik die Menschenwürdegarantie in Art. 1 des Grundgesetzes – in den Worten des diesjährigen Preisträgers – „das tragende, unverzichtbare Grundmotiv der Gesamtverfassung“ darstellt,³ kommt dem Schutz der Menschenwürde nicht in allen Rechtsordnungen eine ähnlich zentrale Bedeutung zu.

In einigen Staaten, wie Frankreich und den Vereinigten Staaten von Amerika, findet sich im Verfassungstext keine Bezugnahmen auf die Menschenwürde. Auch wenn dort die Würde des Menschen später Eingang in die Verfassungsrechtsprechung gefunden hat, ist ihre Bedeutung weniger zentral als in der Bundesrepublik.⁴ In den Vereinigten Staaten beispielsweise steht die Menschenwürde eher im Hintergrund als Begründungsrahmen für die in den Zusatzartikeln niedergelegten Grundrechte und -freiheiten und dient deren Auslegung.⁵ Sie fungiert nicht als eigenständig anwendbare Rechtsnorm.⁶ Vielmehr nimmt die Garantie des fairen Verfahrens dort die Auffangfunktion wahr, die in der Bundesrepublik dem aus Art. 2 i.V.m. der Menschenwürde hergeleiteten allgemeinen Persönlichkeitsrecht zukommt.

Dies soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Menschenwürdebegriff für die Verfassungsrechtsprechung vieler anderer Staaten von zentraler Bedeutung ist.⁷ In Israel nimmt die Achtung der Menschenwürde eine Ergänzungsfunktion wahr⁸, so z.B. für die Herleitung der Religionsfreiheit und Meinungsfreiheit sowie für die Anerkennung der Gleichheitsrechte.⁹ Auch in Ungarn ist die Menschenwürdeklausel als Mutterrecht bezeichnet worden, von dem sich andere

³ Kirchhof, Die Garantie der Menschenwürde als Ausdruck gegenwärtiger Rechtskultur, Kirche und Recht 1997, Heft 2, 53.

⁴ Conseil Constitutionnel, 27 Juillet 1994, 94-343/344 DC, Loi Bioéthique.

⁵ Supreme Court of the United States, *Trop v. Dulles*, 356 U.S. 86 (31 March 1958), at 1000; *Rochin v. California*, 342 U.S. 165 (2 January 1952), at 174; *Atkins v. Virginia*, 536 U.S. 304 (20 June 2002).

⁶ Neuman, Human dignity in United States Constitutional Law, in: Simon D.; Weiss, M. (Hrsg.) *Zur Autonomie des Individuums, Liber Amicorum Spiros Simitis*, Baden-Baden 2000, 241 (249). Zur Bedeutung der Menschenwürde im US-amerikanischen Verfassungsrecht vgl. auch: Eberle, Human Dignity in American Constitutional Law, in: Brugger, W.; Kirste, S. (Hrsg.) *Human Dignity as a Foundation of Law* (ARSP Beiheft 137) Stuttgart 2013, 255 ff.

⁷ Verfassung der Republik Finnland (2000); Verfassung der Portugiesischen Republik (2001), Art. 13; Verfassung Irlands (1937); Kubanische Verfassung (1976). Zu den historischen Vorläufern vgl. Politischen Verfassung der Vereinigten Mexikanischen Staaten (1917), Art. 3c; Weimarer Reichsverfassung (1919).

⁸ Dort nahm der Oberste Gerichtshof schon vor der Annahme des „Grundgesetzes Menschenwürde und Freiheit“ (Basic Law: Human Dignity and Liberty (1992) in der Fassung vom 9. März 1994) Bezug auf die Menschenwürde. Vgl. Kretzmer, Human Dignity in Israeli Jurisprudence, in: Kretzmer, D.; Klein, E. (Hrsg.) *The Concept of Human Dignity in Human Rights Discourse*, The Hague 2002, 161 (161; 163 ff.).

⁹ Vgl. m.w.N.: Barak, Human Dignity: The Constitutional Value and the Constitutional Right, in: Kretzmer, D.; Klein, E. (Hrsg.) *The Concept of Human Dignity in Human Rights Discourse*, The Hague 2002, 361 (373 f.).

nicht kodifizierte Rechte herleiten.¹⁰ Bekanntlich hat sich die südafrikanische Verfassungsrechtsprechung in Bezug auf die Menschenwürde stark an der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts orientiert.

Gleichwohl unterscheidet sich die Funktion der Menschenwürdegarantie in diesen Verfassungsordnungen nicht unwesentlich.¹¹ Der Rechtsstatus der Würdegarantie bzw. dessen Verankerung ist bereits uneinheitlich.¹² Während sie beispielsweise in Südafrika,¹³ Ungarn¹⁴ und Israel¹⁵ ein eigenes justiziables Recht darstellt¹⁶, ist dies in vielen anderen Ländern nicht der Fall.¹⁷ Dort dient die Menschenwürde, wie bereits in Bezug auf die Vereinigten Staaten erwähnt, lediglich der Auslegung anerkannter Rechte.

Auch die Frage der Einschränkung der Menschenwürde wird nicht einheitlich beantwortet. Der Unabwägbarkeit der Menschenwürde, so wie vom Bundesverfassungsgericht ausdrücklich anerkannt,¹⁸ steht beispielsweise in Israel eine Rechtsprechung gegenüber, die eine Einschränkung der Menschenwürde im Interesse anderer Rechte bejaht.¹⁹ Dies lässt sich u.a. mit der dortigen Auffangfunktion der Menschenwürdegarantie begründen, die den Schutzbereich der Menschenwürde weiter zieht und daher auch solche Rechte, wie die Religions- und Meinungsfreiheit erfasst, welche in anderen Verfassungsordnungen nicht vorbehaltlos verbürgt sind.

¹⁰ Dupré, Importing the Law in Post-Communist Transitions: The Hungarian Constitutional Court and the Right to Human Dignity, London, 2003; Vgl. auch: Kerek, Verfassungsgerichtsbarkeit in Ungarn und Rumänien, Berlin 2010, 306.

¹¹ Neuman, Discourses of Dignity, in: McCrudden, C. (Hrsg.) Understanding Human Dignity, Oxford 2014, 637 (642).

¹² Zur unterschiedlichen Verankerung des Menschenwürdeschutzes national und international auch Korinek, Der Schutz der Menschenwürde im Verfassungsrecht und im internationalen Recht, in: Harrer, F. et al (Hrsg.) Gedächtnisschrift für Theo Mayer-Maly, Wien 2011, 257 (268).

¹³ Constitutional Court of South Africa, *Dawood and Another v. Minister of Home Affairs and Others*, 5 Law Reports of the Commonwealth 147, 2000 (3) SA 936 (CC).

¹⁴ Grundgesetz Ungarn (2011), Art. 2.

¹⁵ Liberty Section 4 of the Basic Law: Human Dignity and Liberty (1992) in der Fassung vom 9. März 1994; Vgl. Kretzmer, Human Dignity in Israeli Jurisprudence, in: Kretzmer, D.; Klein, E. (Hrsg.) The Concept of Human Dignity in Human Rights Discourse, The Hague 2002, 161 (169 ff.).

¹⁶ Auch das Bundesverfassungsgericht hat dies anerkannt: BVerfGE 1, 322 (343); 12, 113 (123); 15, 283 (286); 61, 126 (137).

¹⁷ In Österreich ist der Schutz der Menschenwürde nicht explizit gewährleistet, gilt aber als Fundament der Grund- und Menschenrechte. Dazu: Korinek, Der Schutz der Menschenwürde im Verfassungsrecht und im internationalen Recht, in: Harrer, F. et al (Hrsg.) Gedächtnisschrift für Theo Mayer-Maly, Wien 2011, 257 (259 ff.). Ähnliches gilt für die Französische Verfassung, vgl. Hennette-Vaucher, Human Dignity in French Law, in: Düwell, M. et al (Hrsg.) The Cambridge Handbook of Human Dignity, Cambridge 2014, 369.

¹⁸ BVerfGE 93, 266 (293).

¹⁹ vgl. m.w.N.: Kretzmer, Human Dignity in Israeli Jurisprudence, in: Kretzmer, D.; Klein, E. (Hrsg.) The Concept of Human Dignity in Human Rights Discourse, The Hague 2002, 161 (169 f.).

Unterschiede zeigen sich auch hinsichtlich der inhaltlichen Ausprägung. Während in mehreren Ländern aus der Menschenwürde die Sicherung essentieller wirtschaftlicher und sozialer Grundbedürfnisse abgeleitet wird,²⁰ lehnte man in Ungarn die Herleitung sozialer Rechte aus der Menschenwürde in bewusster Abkehr vom Kommunismus ab.²¹

Ähnlich verhält es sich mit Gleichheitsfragen. Während in Südafrika und Kanada Rassendiskriminierung als Verletzung der Menschenwürde gedeutet wird,²² würde ein generelles Verbot in den USA als Verletzung der Meinungsfreiheit verworfen.²³ Selbst diejenigen Verfassungssysteme, die eine innere Verbindung von Menschenwürde und Diskriminierungsverbot anerkennen, weisen Unterschiede auf. In Kanada diente den Gerichten der Verweis auf die Menschenwürde lange Zeit dazu, höhere Anforderungen an die Bejahung einer Diskriminierung zu stellen.²⁴ Die Ungleichbehandlung musste danach die Würde des Betroffenen in Frage stellen. Demgegenüber vertritt das deutsche Bundesverfassungsgericht einen weiteren Gleichheitsbegriff, ohne dass es für die Bejahung einer Diskriminierung darauf ankommt, dass die Würde des einzelnen betroffen ist.

Eine uneinheitliche Herangehensweise zeigt sich schließlich auch im Hinblick auf die Frage, ob der Würdeschutz bereits dem ungeborenen Leben zukommt.²⁵ In einigen Ländern wird die Entscheidung darüber dem Gesetzgeber überlassen.²⁶ In anderen Staaten wird darauf abgestellt, dass ein Verbot unvereinbar mit der Würde der Mutter sei. So beschrieben die in der Rechtssache *Casey* an der Mehrheitsentscheidung beteiligten Richter des Obersten Gerichtshofs der Vereinigten Staaten den Entschluss der Frau zum Schwangerschaftsabbruch als eine sehr intime per-

²⁰ Für Deutschland vgl. BVerfGE 125, 175. Für Italien vgl. *Bognetti*, The Concept of Human Dignity in European and US Constitutionalism, in: Nolte (Hrsg.) *European and US Constitutionalism*, Cambridge, 2005, 85. Für Polen vgl. *Lewaszkiwicz-Petrykowska*, The Principle of Respect for Human Dignity, in: *European Commission for Democracy through Law* (Montpellier, France: 2-6 July 1998), 8 (12). Für Israel vgl. Supreme Court of Israel, *Commitment to Peace and Social Justice Association v. Minister of Finance* (12.12.2005) HCJ 366/03.

²¹ *Dupré*, The Right to Human Dignity in Hungarian Constitutional Case-Law, in: *European Commission for Democracy through Law* (Montpellier, France: 2-6 July 1998), 46 (47).

²² Supreme Court of Canada, *R v. Keegstra*, Judgment of 13 December 1990, 3 SCR 697; Constitutional Court of South Africa, *Islamic Unity Convention v. Independent Broadcasting Authority and Others*, Judgment of 11 April 2002, 2002 (5) BCLR 433 (CC).

²³ *Waldron*, Law, Dignity, and Self-Control, in: *Waldron, J.; Dan-Cohen, M.* (Hrsg.) *Dignity, Rights, and Rights*, 47 (49).

²⁴ Dieser Ansatz wurde in *R v. Kapp* aufgegeben: Supreme Court of Canada, *R v. Kapp*, Judgment of 27 June 2008, [2008] 2 SCR 483, Rn. 22-23.

²⁵ *Addis*, Human Dignity in Comparative Constitutional Context: In Search of an Overlapping Consensus, 2 *Journal of International and Comparative Law* 2015, 1 (23).

²⁶ In Ungarn überließ das Verfassungsgericht die Entscheidung darüber, ob der Fötus als menschliche Person anerkannt wird, dem Gesetzgeber: AB, Urteil 64/1991 (XII.17), ABH 1991, 297 ff.

sönliche Entscheidung, die für die Würde und Autonomie der Frau zentral sei.²⁷ Demgegenüber stellen andere Staaten mit guten Gründen auf den Würdeschutz des ungeborenen Lebens ab.

Der kurze Überblick verdeutlicht die zahlreichen Divergenzen in der Verfassungsrechtsprechung der verschiedenen Staaten. Obgleich sich unbestreitbar ein gemeinsamer Kern der Menschenwürdegarantie identifizieren lässt – nämlich die Achtung einer jedem Menschen angeborenen Wertigkeit²⁸, lässt sich indes kaum von einem einheitlichen Funktionsverständnis sprechen. Die Konzeptionen reichen von einer Begründungsfunktion,²⁹ über eine auf die Auslegung bereits anerkannter Rechte beschränkte Orientierungsfunktion³⁰ bis hin zu einer Ergänzungsfunktion.³¹ Auch gibt es keine Einigkeit über die inhaltliche Reichweite des Würdeschutzes, sieht man einmal von dem genannten Kernbereich ab. Dabei habe ich nur auf die Verfassungsrechtsprechung in westlich geprägten Staaten Bezug genommen.³² Das Bild wird noch opaker, wenn man andere Rechtskulturen mit einbezieht, so z.B. Rechtsordnungen, die vom afrikanischen Konzept des Ubuntu geprägt sind, welches für Menschlichkeit, Nächstenliebe und Gemeinsinn steht, und damit maßgeblich das Leben des Menschen in der Gemeinschaft vor Augen hat.³³

3. Menschenwürde im Vergleich der Weltreligionen

Wenn sich somit im Wege des Rechtsvergleichs keine Fortschritte bei der Bestimmung eines internationalen Würdebegriffs erzielen lässt, so ließe sich erwägen, ob die Religionen als Grundlage ethischer Seinsvorstellungen zu einem univer-

²⁷ Supreme Court of the United States, *Planned Parenthood v. Casey*, 505 U.S. 833 (29 June 1992), 851: “Involve the most intimate and personal choices a person may make in a lifetime, choices central to personal dignity and autonomy, are central to the liberty protected by the Fourteenth Amendment.”

²⁸ McCrudden, Human Dignity and Judicial Interpretation of Human Rights, EJIL 2008, Vol. 19, No. 4, 655 (679, 723); Carozza, Human Dignity, in: Shelton, D. (Hrsg.) *The Oxford Handbook of International Human Rights Law*, Oxford 2015, 345 (346).

²⁹ Paul Kirchhof in Bezug auf Art. 1 (1) GG in: Kirchhof, Menschenwürde und Freiheit, in: Rauscher, A. (Hrsg.) *Handbuch der Katholischen Soziallehre*, Berlin 2008, 41 (45).

³⁰ So in Bezug auf Österreich: Korinek, Der Schutz der Menschenwürde im Verfassungsrecht und im internationalen Recht, in: Harrer, F. et al (Hrsg.) *Gedächtnisschrift für Theo Mayer-Maly*, Wien 2011, 257 (262).

³¹ Ein Beispiel ist Israel. Da dort zentrale Freiheiten, wie die Meinungsfreiheit, aus der Menschenwürde hergeleitet werden, wird letztere selbst nicht als absolut anerkannt.

³² Ein rechtsvergleichender Überblick unter Einbeziehung weiterer Staaten findet sich bei: Addis, Human Dignity in Comparative Constitutional Context: In Search of an Overlapping Consensus, 2 *Journal of International and Comparative Law* 2015, 1 (8 ff.).

³³ Metz, Human Dignity, Capital Punishment, and an African Moral Theory: Toward a new Philosophy of Human Rights, 9 *Journal of Human Rights* 2010, 81.

sellen Menschenwürdeverständnis beitragen können.³⁴ So ist beispielsweise der Menschenwürdebegriff des Grundgesetzes maßgeblich von religiösen und philosophischen Vorstellungen geprägt.³⁵ Wenn die Arabische Charta der Menschenrechte „ausgehend vom Glauben der arabischen Nation an die menschliche Würde“ wiederholt auf diese Bezug nimmt und auch die Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam von Gleichheit im Hinblick auf die Menschenwürde spricht³⁶, könnten diese gemeinsamen Bezugnahmen möglicherweise auf ein religionsübergreifendes Bekenntnis zur Menschenwürde hindeuten.

Betrachtet man zunächst jüdisch-christliche Vorstellungen, so verbindet beide Religionen das Bekenntnis zur Gottesebenbildlichkeit im Buch Genesis.³⁷ Nach christlichem Verständnis, erwächst aus dieser Gottesebenbildlichkeit die Würde des Menschen. Sie kommt allen Menschen in derselben Art und Weise zu, ist vorgefunden, also nicht etwa erworben, und damit unabhängig vom eigenen Handeln sowie von sozialem Ansehen.³⁸ Obgleich sich in der jüdisch-rabbinischen Tradition unterschiedliche Ansätze für die Deutung der Gottesebenbildlichkeit zeigen,³⁹ ist diesen Deutungen jedenfalls gemeinsam, dass sie die Gleichheit der Menschen und den moralischen Anspruch, das Leben zu schützen, begründen.⁴⁰

Dieser Anspruch gilt auch im Islam. Allerdings wird er nicht aus der Gottesebenbildlichkeit hergeleitet.⁴¹ Würde leitet sich hier sprachlich vielmehr aus der Wortwurzel „ehren“ ab und begründet sich mit dem Schöpfungsakt Gottes.⁴² Auch nach diesem

³⁴ Paul Kirchhof bezeichnet die Religion als „Humus für einen Verfassungsbaum“ in: *Kirchhof*, Die Idee der Menschenwürde als Mitte der modernen Verfassungsstaaten, In: The Pontifical Academy of Social Sciences (Hrsg.) *Conceptualization of the Person in Social Science*, Vatican City 2006, 140 (153); *Kirchhof*, Menschenwürde und Freiheit, in: Rauscher, A. (Hrsg.) *Handbuch der Katholischen Soziallehre*, Berlin 2008, 41 (43).

³⁵ *Bayertz*, Menschenwürde, in: Sandkühler, H.J. (Hrsg.), *Enzyklopädie Philosophie*, 2010, Band 1, 1553 (1554); *Böckenförde/Spaemann* (Hrsg.), *Menschenrechte und Menschenwürde: Historische Voraussetzungen, säkulare Gestalt, christliches Verständnis*, Stuttgart 1987.

³⁶ Cairo Declaration on Human Rights in Islam (1990), Art. 1a: “All human beings form one family whose members are united by their subordination to Allah (...) All men are equal in terms of basic human dignity and basic obligations and responsibilities (...). The true religion is the guarantee for enhancing such dignity along the path to human integrity.”.

³⁷ Genesis 1, 26 f.

³⁸ Schockenhoff betont, dass sich Menschenwürde und Gottesebenbildlichkeit entsprechen, in: *Schockenhoff*, Die Achtung der Menschenwürde in der technisch-wissenschaftlichen Zivilisation, in: Rauscher, A. (Hrsg.) *Handbuch der Katholischen Soziallehre*, Berlin 2008, 61 (64).

³⁹ *Heller*, Menschenwürde in interreligiöser Perspektive, Vortrag an der KPH Wien/Krems (6. Mai 2015) (abrufbar: <https://www.zeitgemaess-glauben.at/cms/blog/11-vortraege/159-menschenwuerde-in-religioeser-perspektive>), 3.

⁴⁰ Ebenda.

⁴¹ Vgl. Koran, Sure 17, 70.

⁴² *Heller*, Menschenwürde in interreligiöser Perspektive, Vortrag an der KPH Wien/Krems (6. Mai 2015), 5.

Verständnis muss die Menschenwürde nicht verdient werden. Sie ist gegeben und unverlierbar, denn sie basiert auf göttlicher Schöpfungsmacht.⁴³ Die Freiheit des Einzelnen ist nach diesem Verständnis der Gemeinschaft jedoch untergeordnet.⁴⁴ Darin liegt ein Unterschied zum christlichen Verständnis, welcher sich insbesondere im Umfang und der Einschränkungbarkeit von Freiheitsrechten manifestiert.

Während die Würde im islamischen, christlichen und jüdischen Glauben maßgeblich mit dem menschlichen Wesen verbunden ist, kann sie im Hinduismus nicht speziell mit dem Menschsein begründet werden. Der Mensch unterscheidet sich nach dieser Glaubensvorstellung nicht grundlegend von anderen Lebewesen, welche im kosmischen Kreislauf der Wiedergeburt miteinander verbunden sind.⁴⁵ Würde ergibt sich hier vielmehr bereits aus der Teilhabe am kosmischen Kreislauf. Dabei erkennt die brahmanische Tradition dem Menschen insoweit eine besondere Stellung zu, als er das Potential zur Erkenntnis der höchsten Wirklichkeit hat, welche zur Befreiung aus dem Geburtenkreislauf führt. Hierin liegt die besondere Würde des Menschen. Würde und Gleichheit der Menschen werden mit dem Begriff des „atman“ begründet, dem umfassenden Seinsprinzip jedes Lebewesens.

Auch in der buddhistischen Vorstellung gründet die Würde bzw. ihr begriffliches Äquivalent in der Verbundenheit aller Lebewesen in einem kosmischen Geburtenkreislauf.⁴⁶ Die Würde des Menschen beruht auf der Fähigkeit zur Erleuchtung, die den einzelnen vom Leiden befreit und durch welche die Ich-Verhaftung überwunden wird. Sie ist überwiegend moralisch und nicht etwa rational bestimmt, denn auf dem Weg zur Erleuchtung soll der Mensch Güte entfalten. Ein individualistischer, an der menschlichen Autonomie orientierter Menschenwürdebegriff ist buddhistischen und hinduistischen Vorstellungen aufgrund der Verbundenheit aller Lebensformen fremd.⁴⁷ Hier zeigt sich zugleich eine Parallele zu islamischen Glaubensüberzeugungen, die ebenfalls weniger individualistisch geprägt sind.

Die Darstellung dieser religiösen Glaubensüberzeugungen kann an dieser Stelle nur skizzenhaft sein und keineswegs den Anspruch erheben, die Religionen, vor allem ihre unterschiedlichen Strömungen, genau abzubilden. Aber auch ohne ins Detail zu gehen, zeigen sich einige wesentliche Unterschiede. Obgleich alle hier skizzierten religiösen Vorstellungen einen Existenz- und Achtungsanspruch teilen, und damit eine Wertigkeit, die jedem Menschen kraft seines Seins als Teil des Kosmos zukommt, lässt sich daraus nicht ohne weiteres ein gemeinsamer Wertekanon ableiten, dem ein hinreichend konkreter Regelungsgehalt zukommen würde. Dabei bin ich nicht einmal auf die unterschiedlichen Vorstellungen über

⁴³ Vgl. auch Cairo Declaration on Human Rights in Islam (1990), Art. 1a.

⁴⁴ Ebenda.

⁴⁵ Heller, Menschenwürde in interreligiöser Perspektive, Vortrag an der KPH Wien/Krems (6. Mai 2015), 7.

⁴⁶ Ebenda, 8.

⁴⁷ Ebenda, 10.

die Gleichheit des Menschen eingegangen, wie sie beispielsweise im Kastenwesen deutlich werden.

4. Die Verankerung der Menschenwürde im internationalen Menschenrechtsschutz

Angesichts dieser inhaltlichen Divergenzen im Bereich des nationalen Rechts und der religiösen Überzeugungen überrascht es, dass die Mitglieder der Vereinten Nationen in der Präambel der UN-Charta ihren Glauben an die Würde und den Wert der menschlichen Persönlichkeit sowie an die Gleichberechtigung bekräftigen.⁴⁸ Dieses fundamentale Bekenntnis auf internationaler Ebene bot außerdem den Ausgangspunkt für zahlreiche nachfolgenden Menschenrechtsinstrumente.⁴⁹ So wurde das Bekenntnis zur Menschenwürde in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte aufgegriffen⁵⁰, die allem voran die angeborene Würde und die gleichen und unveräußerlichen Rechte aller Mitglieder der menschlichen Gemeinschaft anerkennt.⁵¹ Nach Art. 1 der Erklärung sind alle Menschen frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Art. 22 stellt den Bezug zu den wirtschaftlichen und sozialen Rechten her, indem ein Recht auf soziale Sicherheit und der Anspruch eines jeden anerkannt wird, in den Genuss der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu gelangen, welche für die Würde des Menschen unentbehrlich sind. Auch soll jeder, der arbeitet, das Recht auf eine Entlohnung haben, die eine *menschenwürdige* Existenz sichert (Art. 23 (3) AEMR).

Während es sich bei der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte um eine per se rechtlich unverbindliche Resolution der Generalversammlung handelte, wurde der Menschenwürdeschutz auch in den beiden universellen Menschenrechtspakten von 1966 rezipiert. Beide Pakte bekräftigen in ihren Präambeln, dass sich die Menschenrechte aus der dem Menschen innewohnenden Würde herleiten. Allen Dokumenten ist gemeinsam, dass darin die Menschenwürde als vorgefunden anerkannt wird.⁵²

⁴⁸ Zuvor bereits: Dijon Declaration (1936); American Jewish Committee's Declaration of Human Rights (1944).

⁴⁹ Wiederholungen dieser Formel finden sich in zahlreichen Präambeln internationaler Menschenrechtsverträge: Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (1966); Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (1966); Supplementary Convention of the Abolition of Slavery, the Slave Trade, and Institutions and Practices Similar to Slavery (1957).

⁵⁰ Zuvor bereits: American Declaration of the Rights and Duties of Man (1948), Präambel: „All men are born free and equal, in dignity and in rights.“. Sowie: ILO Declaration of Philadelphia: Declaration concerning the Aims and Purposes of the International Labour Organisation (1944).

⁵¹ Zur Entstehungsgeschichte und den philosophischen Grundlagen vgl. *Dicke*, The Founding Function of Human Dignity in the Universal Declaration of Human Rights, in: Kretzmer, D.; Klein, E. (Hrsg.) The Concept of Human Dignity in Human Rights Discourse, The Hague 2002, 111 ff.

⁵² So für die AEMR: *Dicke*, The Founding Function of Human Dignity in the Universal Declaration of Human Rights, in: Kretzmer, D.; Klein, E. (Hrsg.) The Concept of Human Dignity in Human Rights Discourse, The Hague 2002, 111 (113).

Das Bekenntnis zur angeborenen Menschenwürde ist auf diese Weise zur Grundlage der internationalen Ordnung insgesamt geworden. Erklären lässt sich dies in erster Linie mit den grauenvollen Unrechtserfahrungen und den menschenverachtenden Unrechtssystemen des 20. Jahrhunderts, allen voran den nationalsozialistischen Gräueltaten.⁵³ Auf diese Weise kam dem Menschenwürdebegriff – und dies ist zentral für meine weiteren Ausführungen – eine konsensbildende Funktion für die Anerkennung der internationalen Menschenrechte zu.⁵⁴

Ähnliches gilt im Übrigen für zahlreiche nationale Verfassungen, die den Begriff der Menschenwürde beim Übergang vom Totalitarismus zu liberalen Verfassungsordnungen rezipierten. Dies trifft nicht nur auf das Grundgesetz zu, sondern auch auf die italienische⁵⁵ und japanische Verfassung⁵⁶, später dann auf die verfassungsrechtliche Neuordnung in Griechenland⁵⁷, Portugal⁵⁸ und Spanien.⁵⁹ Auch die zentrale Bedeutung der Menschenwürde in der südafrikanischen Verfassung nach Ende des Apartheid-Regimes, steht für die Abkehr von fundamentalem Unrecht.⁶⁰ In Mittel- und Südosteuropa fand der Menschenwürdebegriff dementsprechend nach Ende des kommunistischen Regimes Eingang in die dortigen Verfassungen. Beispielhaft zu nennen sind Ungarn⁶¹, die Tschechische Republik⁶² und Polen⁶³. Kurzum, dem Bekenntnis zur Menschenwürde kam nach schweren Unrechtserfahrungen national und international wiederholt die Funktion eines Katalysators bei der grundlegenden Umgestaltung der politischen Ordnung zu.⁶⁴

⁵³ *Arieli*, On the Necessary and Sufficient Conditions for the Emergence of the doctrine of the dignity of man and his rights. In: Kretzmer, D. / Klein, E. (Hrsg.) *The Concept of Human Dignity in Human Rights Discourse*, 1; *Morsink*, World War Two and the Universal Declaration, 1993 *Human Rights Quarterly* 15, 357ff.; *Dicke*, Zum Politikprogramm der Allgemeine Erklärung, in: Vereinte Nationen 1998, Heft 6, 191 ff..

⁵⁴ So auch *Neuman*, Discourses of Dignity, in: McCrudden, C. (Hrsg.) *Understanding Human Dignity*, Oxford 2014, 637 (643).

⁵⁵ Verfassung der Italienischen Republik (1948), Art. 3, 27, 41.

⁵⁶ Verfassung des Kaiserreiches Japan (1946), Art. 24.

⁵⁷ Verfassung der Griechischen Republik (1975), Art. 7.

⁵⁸ Verfassung der Portugiesischen Republik (2001), Art. 1, 26, 59.

⁵⁹ Verfassung des Königreiches Spanien (1978), Art. 10.

⁶⁰ Verfassung der Republik Südafrika (1996), Art. 1, 7, 10, 35, 37, 39.

⁶¹ Ungarisches Grundgesetz (2011), Art. II und Art 37 IV.

⁶² Vgl. Präambel der Verfassung der Tschechischen Republik (1992); Deklaration der Grundrechte und –freiheiten der Tschechischen Republik (1992), Art 10.

⁶³ Vgl. Verfassung der Republik Polen (1997), Präambel, Art. 30, 41.

⁶⁴ Vgl. I.-IV. Genfer Abkommen vom 12. August 1949 (1949), Präambel, Art. 3; Zusatzprotokoll I zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte (1977), Art. 75 II (b), Art. 85 IV (c); Zusatzprotokoll II zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer nicht internationaler bewaffneter Konflikte (1977), Art. 4 II (e); ILO Declaration of Philadelphia: Declaration concerning the Aims and Purposes of the International Labour Organisation (1944); Verfassung der Organisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) (1945), Präambel; Allgemeine Erklärung der kulturellen Vielfalt (UNESCO) (2001), Art. 4; Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofs (2002) Art. 8 (2) (b) (xxi); 8 (2)(c) (ii).

Daher verwundert es nicht, dass außer in den bereits genannten internationalen Dokumenten auf die Menschenwürde auch in zahlreichen weiteren Menschenrechtsabkommen, seien diese nun international⁶⁵ oder regional,⁶⁶ Bezug genommen wird.⁶⁷ In den speziellen Menschenrechtsabkommen ist dies insbesondere dort der Fall, wo es um den Schutz von besonders schutzbedürftigen Personen geht, wie z.B. in der Kinderrechtskonvention⁶⁸ und dem Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen.⁶⁹

Der Schutz der Menschenwürde ist so auch zum Gradmesser für die Annahme neuer Menschenrechtsabkommen geworden. Die UN-Generalversammlung hat im Jahr 1986 die Staaten dazu aufgefordert, bei der Ausarbeitung neuer Menschenrechtsinstrumente darauf zu achten, dass diese von grundlegender Natur sind und sich aus der angeborenen Würde und dem Wert der menschlichen Person herleiten.⁷⁰ Auch hierauf werde ich später noch einmal zurückkommen.

An dieser Stelle lassen sich aber bereits folgende Gemeinsamkeiten feststellen. Alle genannten internationalen Dokumenten stimmen insoweit überein als die Bezugnahme auf die Menschenwürde vorwiegend in den Erwägungsgründen der Präambeln⁷¹ und damit außerhalb des rechtsverbindlichen Regelungsteils erfolgt.

⁶⁵ Internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen (1990), Art. 70.

⁶⁶ Charter of the Organization of American States (1951), Kapitel VII; American Convention on Human Rights (1978), Art. 5, 6, 11; Inter-American Convention on the Prevention, Punishment and Eradication of Violence against Women (1994), Präambel; Afrikanischen Charta der Menschenrechte und Rechte der Völker (1986), Art. 5; Arabische Charta der Menschenrechte (2004), Art. 1. Eine Ausnahme bildet die EMRK. Erst das 13. ZP nimmt Bezug auf die Menschenwürde (Abschaffung der Todesstrafe); Dreizehtes Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention (2003); Charta der Grundrechte der Europäischen Union (2009), Art 1, 25, 31.

⁶⁷ Vgl. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (1979), Präambel; Internationales Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen (2010), Art. 19 (2), 24 (5c); auch: KSZE-Schlussakte von Helsinki (1975), Prinzip VII; ILO Declaration of Philadelphia: Declaration concerning the Aims and Purposes of the International Labour Organisation (1944) (Präambeln zahlreicher ILO Konventionen, z.B.: C 111 Discrimination (Employment and Occupation) Convention (1958); C 122 Employment Policy Convention (1964); C 156 Workers with Family Responsibilities Convention (1981).

⁶⁸ Vgl. Konvention über die Rechte des Kindes (1989), Präambel, Art. 23, 28, 37, 39, 40. So fordert Art 40 der Konvention ein Umfeld, welches die Würde des Kindes fördert.

⁶⁹ Vgl. Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (2008), Präambel, Art. 1, 3, 8, 16, 24, 25 (d).

⁷⁰ UNGA Res 41/120 (1986): „Invites Member States and United Nations bodies to bear in mind the following guidelines in developing international instruments in the field of human rights; such instruments should, inter alia: (b) Be of fundamental character and derive from the inherent dignity and worth of the human person.“, Rn. 4.

⁷¹ Vgl. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (1979); Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (1987).

Die Menschenwürde übernimmt daher in erster Linie eine Begründungsfunktion für die Kodifikation der Menschenrechte.⁷² Hingegen ist sie in den internationalen Abkommen nicht als eigenes Recht konzipiert.⁷³ In einigen Abkommen findet sich zwar eine Bezugnahme auf die Würde des Menschen im operativen Teil, allerdings nur in Bezug auf bestimmte Rechte, wie z.B. in Art. 10 des Zivilpakts. Dort heißt es: „Jeder, dem seine Freiheit entzogen ist, muss menschlich und mit Achtung vor der dem Menschen innewohnenden Würde behandelt werden.“⁷⁴

5. Der Menschenwürdeschutz in der Auslegungspraxis des UN Menschenrechtsausschusses

Wenn ich mich nach diesem textlichen Befund im Folgenden der Frage widme, welcher Sinngehalt und welche Funktion der Menschenwürde in der internationalen Rechtsprechungspraxis zukommt, werde ich mich auf den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte konzentrieren, also den Pakt, der Gegenstand der Spruchpraxis des UN Menschenrechtsausschusses ist. Dies ist zum einen der Tatsache geschuldet, dass der Pakt mit seinem umfassenden Katalog bürgerlicher und politischer Rechte der Europäischen Menschenrechtskonvention am ehesten vergleichbar ist. Zum anderen habe ich mich mit dem Zivilpakt in den vergangenen Jahren besonders intensiv beschäftigt.

Von Bedeutung ist die Menschenwürde u.a. für den Schutz der körperlichen Integrität und die Behandlung von Inhaftierten. Bei der Auslegung des oben zitierten Art.10 hat der Menschenrechtsausschuss darauf hingewiesen, dass Inhaftierten grundsätzlich derselbe Würdeschutz zukommt wie Personen in Freiheit.⁷⁵ Für eine Verletzung von Art. 10 ist nach der Auslegung des Ausschusses indes ein gewisser Schweregrad unmenschlicher Behandlung erforderlich.⁷⁶ Dies erfordert eine Betrachtung der Gesamtumstände einschließlich der Art der Behandlung, der

⁷² Vgl. z.B. die Präambel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (1948): „Da die Anerkennung der angeborenen Würde [...] die Grundlage für Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt bildet“; Vgl. auch IPBPR und IPWSKR. Dicke spricht von der Legitimationsfunktion der Menschenwürde für die Menschenrechte: *Dicke, The Founding Function of Human Dignity in the Universal Declaration of Human Rights*, in: Kretzmer, D.; Klein, E. (Hrsg.) *The Concept of Human Dignity in Human Rights Discourse*, The Hague 2002, 111 (119).

⁷³ Eine Ausnahme bilden Art. 11(1) der Amerikanischen Menschenrechtskonvention (1978); und Art. 5 der Afrikanischen Charta der Menschenrechte und Rechte der Völker (1986).

⁷⁴ Einen vergleichbaren Wortlaut mit Bezug auf die Menschenwürde sucht man in der UN-Antifolterkonvention (1987) vergeblich.

⁷⁵ MRA, General Comment No. 21: Article 10 (Humane Treatment of Persons deprived of their Liberty) (10. April 1992), UN Dok HRI/GEN/1/Rev.9 (Vol. I), Rn. 3.

⁷⁶ MRA, *Brough v. Australia*, Communication No. 1184/2003 (17. März 2006), Rn. 9.2: „Inhuman treatment must attain a minimum level of severity to come within the scope of article 10 of the Covenant.“

Dauer, der physischen und psychischen Folgen und des Gesundheitszustands des Inhaftierten.⁷⁷ Dabei hat der Ausschuss ausdrücklich darauf hingewiesen, dass das Gebot menschenwürdiger Behandlung unabhängig von den dem Staat zur Verfügung stehenden Finanzmitteln ist.⁷⁸ Dies unterstreicht, dass es sich hier lediglich um globale Mindeststandards handeln kann. Im Gegenzug sind diese aber unabdingbar.⁷⁹ Sobald die Schwelle der menschenunwürdigen Behandlung erreicht ist, gilt der Schutz des Art. 10 absolut und ist notstandsfest, selbst in Bürgerkriegssituationen. Begründet wird dies mit Verweis auf die Menschenwürde allgemein.⁸⁰ Dahinter stehen Überlegungen zu deren Unverbrüchlichkeit.

Dass die Menschenwürde darüber hinaus auch unveräußerlich ist, hat der Ausschuss in der *Wackenheim* Entscheidung anerkannt. Damals hatte Frankreich unter Berufung auf das Verbot unmenschlicher Behandlung und auf die Menschenwürde sogenannte Zwergerwurf-Veranstaltungen verboten.⁸¹ Zuvor war der kleinwüchsige Beschwerdeführer bei einem Event-Veranstalter beschäftigt und ließ sich von Besuchern gegen Bezahlung auf ein Luftpolster schleudern. Gegen das staatliche Verbot dieser Tätigkeit machte er, nachdem er in der Folgezeit seine Arbeit verlor, geltend, dass er dadurch diskriminiert werde. Das Verbot, so seine Begründung, stelle einen Angriff auf seine Würde dar, da er nun keine Arbeit mehr finden könne. Seiner Argumentation lag offenbar ein anderes Würdeverständnis zugrunde als dem staatlichen Verbot, welches demgegenüber die Tätigkeit als solche als menschenunwürdig bewertete.

Der UN-Menschenrechtsausschuss, der nach erfolgloser Erschöpfung des innerstaatlichen Rechtswegs⁸² angerufen wurde, hielt das Verbot aus zwingenden Gründen

⁷⁷ Ebenda.

⁷⁸ MRA, General Comment No. 21: Article 10 (Humane Treatment of Persons deprived of their Liberty) (10. April 1992), UN Dok HRI/GEN/1/Rev.9 (Vol. I), Rn. 4: "Consequently, the application of this rule, as a minimum, cannot be dependent on the material resources available in the State party." Aus Anlass einer gegen Nepal gerichteten Beschwerde hat der Ausschuss das Argument zurückgewiesen, dass die notwendigen Haftbedingungen unter Berücksichtigung des jeweiligen Kontexts in einem Staat zu bestimmen seien: MRA, *Giri v. Nepal*, Communication No. 11761/2008 (24 März 2011), Rn. 7.9.

⁷⁹ MRA, General Comment No. 29: Article 4 (Derogations during a States of Emergency) (31. August 2001) UN Dok CCPR/C/21/Rev.1/Add.11, Rn. 13 (a) „All persons deprived of their liberty shall be treated with humanity and with respect for the inherent dignity of the human person. Although this right, prescribed in article 10 of the Covenant, is not separately mentioned in the list of non-derogable rights in article 4, paragraph 2, the Committee believes that here the Covenant expresses a norm of general international law not subject to derogation. This is supported by the reference to the inherent dignity of the human person in the preamble to the Covenant and by the close connection between articles 7 and 10."

⁸⁰ Ebenda.

⁸¹ Zur Problematik vgl. auch: EuGH, Omega Entscheidung, Urteil vom 14. Oktober 2004 (Erste Kammer), Rechtssache C-36/02, ECLI:EU:C:2004:614; VG Neustadt, Beschluss vom 21.5.1992, NVwZ 1993, 98.

⁸² Conseil d'Etat, Assemblée, Nr. 136727 (27 Oktober 1995) Commune de Morsang-sur Orge.

nder öffentlichen Ordnung, die im Zusammenhang mit der Würde des Menschen stehen, für gerechtfertigt.⁸³ Damit erkannte der Ausschuss die besondere Schutzbedürftigkeit von Minderheiten an. Deren wirksamer Schutz schließt es auch aus, dass einzelne Mitglieder in ihre menschenunwürdige Behandlung einwilligen. Ansonsten könnte die Achtung der Gesellschaft vor kleinwüchsigen Menschen unterlaufen werden.⁸⁴

Auch wenn der Ausschuss hier keine weiteren Ausführungen zum Begriff der Menschenwürde machte, so deutet sich doch ein Würdeverständnis an, welches Parallelen zur sogenannten Objektformel aufweist.⁸⁵ Kleinwüchsige Personen werden bei solchen Veranstaltungen zum bloßen Wurfbjekt degradiert. Ihre Instrumentalisierung widerspricht der Achtung der jeder Person innewohnenden Wertigkeit, und zwar selbst dann, wenn der Betroffene dies anders sieht. In Immanuel Kants Worten: „der Mensch kann von keinem Menschen [...] bloß als Mittel, sondern muss jederzeit zugleich als Zweck gebraucht werden und darin besteht seine Würde.“⁸⁶ Zwar hat sich der Ausschuss zu diesen Erwägungen nicht weiter geäußert. Die Entscheidung lässt sich aber entsprechend begründen.

Ein weiterer Fall, in dem dieser Begründungszusammenhang relevant wurde, ist ein Ausweisungsfall. Der Beschwerdeführer war ein Jamaikaner, der 19 Jahre lang in Kanada gelebt hatte, an paranoider Schizophrenie litt und daher regelmäßig Medikamente benötigte. Als er obdachlos wurde, hatte er jedoch Probleme bei der regelmäßigen Medikamenteneinnahme.⁸⁷ Daher erlitt er psychotische Rückfälle und bedrohte in einer solchen Situation einen anderen mit einer Schusswaffe. Nachdem er 80 Tage lang in Untersuchungshaft inhaftiert war, verurteilte ihn ein Strafrichter schließlich zu lediglich einem weiteren Tag Freiheitsentzug. Später wurde der Beschwerdeführer dann, obgleich er auf die Unterstützung seiner Familie in Kanada angewiesen war, unter Verweis auf die begangene Straftat von der zuständigen Behörde ausgewiesen.

⁸³ MRA, *Wackenheim v. France*, Communication No. 854/1999 (26 Juli 2002), Rn. 7.4.

⁸⁴ *Neuman*, Discourses of Dignity, in: McCrudden, C. (Hrsg.) *Understanding Human Dignity*, Oxford 2014, 637 (644)

⁸⁵ Zur Objektformel vgl. *Wintrich*, Über Eigenarten und Methoden verfassungsgerichtlicher Rechtsprechung, in: Festschrift für Herrn Geheimrat Professor Dr. Wilhelm Laforet anlässlich seines 75. Geburtstages, München 1952, 227 (235 f.): „Da die Gemeinschaft sich aus freien eigenständigen Personen aufbaut, die durch ihr Zusammenwirken das Gemeinschaftsgut verwirklichen, muß aber der Mensch auch in der Gemeinschaft und ihrer Rechtsordnung immer „Zweck an sich selbst“ (Immanuel Kant) bleiben, darf er nie zum bloßen Mittel eines Kollektivs, zum bloßen Werkzeug oder zum rechtlosen Objekt eines Verfahrens herabgewürdigt werden. Vgl. auch: *Dürig*, Der Grundrechtssatz von der Menschenwürde, Archiv des öffentlichen Rechts 1956, Vol. 81, No.2, 117 ff.; BVerfGE 27, 2 (6); BVerfGE 45, 187 (228), BVerfGE 115, 118 (121).

⁸⁶ *Kant*, Die Metaphysik der Sitten. Zweiter Teil: Metaphysische Anfangsgründe der Tugendlehre, 1797, § 38.

⁸⁷ MRA, *A.H.G. v. Canada*, Communication No. 2091/2011 (25. März 2015).

Gegen diese Entscheidung rief er nach Rechtswegerschöpfung in Kanada den Menschenrechtsausschuss an.

Aus Sicht des Ausschusses ließ sich zunächst erwägen, die unzureichende medikamentöse Versorgung und das Leben, welches den Beschwerdeführer in Jamaika erwartete, als unmenschlich zu bewerten und Kanada deshalb die Ausweisung zu untersagen. Allerdings leben viele Millionen, wenn nicht gar Milliarden Menschen unter teilweise weit schwierigeren Bedingungen. Würde man dies generell als menschenunwürdig bezeichnen, müsste man eine Großzahl von Vertragsstaaten für unmenschliche Behandlung in ihren Ländern verantwortlich machen. Der Menschenrechtsausschuss beschritt daher einen anderen Weg. Er stellte nicht auf die Situation in Jamaika, sondern auf die Behandlung des Beschwerdeführers durch die kanadischen Behörden ab und sah darin eine Verletzung des Verbots grausamer, unmenschlicher bzw. erniedrigender Behandlung gem. Art.7 IPBPR. Dieses Verbot habe zum Ziel, die Würde sowie die psychische und physische Integrität des einzelnen zu schützen.⁸⁸

Basierend auf einer Gesamtschau der konkreten Umstände sah der Ausschuss das Verbot in dem Fall als verletzt an: Kanada hatte den Beschwerdeführer trotz seiner besonderen Schutzwürdigkeit kurzerhand abgeschoben, obwohl er nur einmal straffällig und lediglich zu einer geringfügigen Strafe verurteilt worden war. Hinzu kam, dass die Tat nachweislich in Zusammenhang mit seiner Schizophrenie stand und die Gefahr einer Rückfälligkeit durch regelmäßige Medikamentengabe verhindert werden konnte. In dieser Situation und nachdem der Beschwerdeführer 19 Jahre lang in Kanada gelebt hatte, sah der Ausschuss, in dem kanadischen Vorgehen eine Verletzung des Verbots unmenschlicher Behandlung.

In anderen Worten: Kanada hatte in einer Situation, wo das Strafgericht die Schwere der Tat offenbar als gering erachtet hatte, die prekäre Situation des psychisch erkrankten Beschwerdeführers und die Möglichkeit, dass eine regelmäßige Medikamenteneinnahme weitere Vergehen verhindern würde, unzureichend bedacht und ihn routinemäßig ausgewiesen. Ohne Erwägung seiner besonderen Schutzbedürftigkeit behandelten ihn die Behörden lediglich als abstrakte Gefahrenursache und machten ihn so zum bloßen Objekt staatlicher Autorität ohne seine besondere Hilfsbedürftigkeit zu berücksichtigen.⁸⁹

Wiederum zeigen sich hier Parallelen zur Objektformel. Deren Anwendung qualifiziert freilich nicht jede Ausweisung als unmenschlichen Akt, aber die Tatsache, dass die Ausweisungsentscheidung getroffen wurde, ohne die besonders schutz-

⁸⁸ Vgl. auch: MRA, General Comment No. 20: Article 7 (Prohibition of Torture, or other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment) (10. März 1992), UN Dok HRI/GEN/Rev.9 (Vol. I), Rn. 2.

⁸⁹ Vgl. Sondervotum *Seibert-Fohr* zu: MRA, *A.H.G. v. Canada*, Communication No. 2091/2011 (25. März 2015).

würdige Lage des Beschwerdeführers und alternative Maßnahmen überhaupt in Erwägungen zu ziehen, zeigt einen Mangel an Respekt vor der Würde des psychisch erkrankten Betroffenen.

Schließlich können Erwägungen zur Menschenwürde auch im Fall der Diskriminierung relevant werden. Ein Beispiel dafür ist der Fall *Lecraf gg. Spanien*.⁹⁰ In dem Fall war die Beschwerdeführerin, die die spanische Staatsbürgerschaft erworben hatte, während einer Reise mit ihrem Mann und Sohn ausschließlich wegen ihrer Hautfarbe von der Polizei auf dem Bahnhof aus einer Menschenmenge zur Überprüfung ihrer Papiere herausgegriffen worden. Zur Begründung verwies der Polizeibeamte auf ihr Aussehen und machte geltend, dass er angehalten sei, Personen wie die Beschwerdeführerin zu kontrollieren, weil viele von ihnen illegale Einwanderer seien.

Der Ausschuss sah darin eine Diskriminierung und verwies darauf, dass das Herausgreifen einzelner Personen aufgrund ihrer Hautfarbe oder ethnischen Herkunft die Würde der betroffenen Person antaste. Der Fall zeigt, dass die Würde des einzelnen nicht nur bei schweren Eingriffen in die physische und psychische Integrität betroffen ist, sondern, wie im bereits genannten Ausweisungsbeispiel, auch in Fällen von Ausgrenzung.

6. Synthese: Funktion und Inhalt der Menschenwürdegarantie im Zivilpakt

Die Fallübersicht zeigt, dass es im internationalen Menschenrechtsschutz mehr Übereinstimmung über den Begriff der Menschenwürde gibt als man dies zunächst annehmen mag. Die Achtung der Menschenwürde verlangt allem voran einen grundlegenden Schutz der körperlichen sowie geistig-seelischen Integrität, so wie es im Folterverbot zum Ausdruck kommt. Sie schützt vor Demütigung, Herabwürdigung und Erniedrigung.⁹¹ Dies manifestiert sich u.a. im Verbot von Sklaverei und Leibeigenschaft. Die Achtung der Menschenwürde spielt darüber hinaus überall dort eine Rolle, wo sich Menschen in einer Situation besonderer Verletzlichkeit befinden, wie z.B. während der Inhaftierung.⁹² Wenn der Mensch nicht zum bloßen Objekt staatlichen Handelns werden darf, so gebietet dies auch, die besondere Schutzwürdigkeit von Personen mit Behinderungen und von Angehörigen von Minderheiten zu berücksichtigen.

⁹⁰ MRA, *Lecraf v. Spain*, Communication No. 1493/2006 (27. Juli 2009).

⁹¹ MRA, *Pustovoit v. Ukraine*, Communication No. 1405/2005 (20. März 2013) ; MRA, *Zinsou v. Benin*, Communication No. 2055/2011 (18. Juli 2014), Rn. 7.2.

⁹² Darüber hinaus schützt sie vor Ausgrenzung. Der Ausschuss hat daher in einer langandauernden Isolierhaft eine Verletzung von Art.7 IPBPR gesehen MRA, *Orikov v. Uzbekistan*, Communication No 2317/2013, para 10.4; MRA, *Evans v. Trinidad and Tobago*, Communication No. 908/2000 (21. März 2003).

Es geht somit um einen fundamentalen Achtungsanspruch eines jeden, der zweifelsohne universalisierbar ist. Dies wird nicht nur durch den Religionsvergleich am Anfang dieses Beitrags bestätigt. Der Achtungsanspruch liegt, selbst wenn es hierbei nur um die Sicherung von Mindestgarantien geht und sich dieser weltweit nicht ohne Weiteres quantifizieren lässt, auch vielen Entscheidungen des Menschenrechtsausschusses zugrunde.

Aufgrund der Vielfalt der Lebensbedingungen weltweit scheint mir daher der Gedanke der Ausgrenzung für die Frage, ob der einzelne in seiner Würde verletzt ist, ganz entscheidend. Wenn einzelne Personen herausgegriffen und benachteiligt werden, ohne dass sich dies auch nur ansatzweise rational begründen lässt, oder wenn Personen aufgrund ihrer Abstammung oder ihres Aussehens degradiert werden, so steht dieser fundamentale Achtungsanspruch in Frage. Mit dieser Betrachtung lässt sich die Menschenwürde auch in einer pluralen Welt auf eine universell geltende Formel bringen.

Wenn diese Überlegungen in der Regel unausgesprochen bleiben, so liegt das daran, dass ein Rückgriff auf die Menschenwürde meist deshalb entbehrlich ist, weil sie bereits in den einzelnen im Zivilpakt verbrieften Rechten ihren konkreten Ausdruck gefunden haben. Dies entspricht der bereits erwähnten Begründungsfunktion.⁹³ Der Gehalt der Menschenwürde entfaltet sich über die einzelnen Rechte. Daher spielt sie in der internationalen Spruchpraxis nur gelegentlich eine Rolle, nämlich dann wenn es um besondere Auslegungsfragen geht, wie z.B. bei der Feststellung einer unmenschlichen erniedrigenden Behandlung.⁹⁴ Mitunter wird auf die Menschenwürde auch zur Verstärkung verwiesen, um den Befund einer Menschenrechtsverletzung zu unterstreichen.⁹⁵ Darüber hinaus liegt die Achtung der Menschenwürde vielen Entscheidungen unausgesprochen zugrunde. Dabei kommt ihr für den internationalen Menschenrechtsschutz in erster Linie eine Orientierungsfunktion zu. Wenn dies meist unausgesprochen bleibt, so deutet dies darauf hin, dass es sich hier nicht um das Ergebnis eines formalen Ableitungsprozesses handelt, dem abstrakte Überlegungen über die Menschenwürde vorangestellt werden. Was unter Menschenwürde verstanden wird, ergibt sich vielmehr in aller Regel aus einer Be-

⁹³ Bielefeldt sieht in der Menschenwürde einen Orientierungsrahmen, der einen Sinnzusammenhang der Menschenrechte schafft, vgl.: *Bielefeldt*, Menschenwürde: Der Grund der Menschenrechte, Deutsches Institut für Menschenrechte, Berlin, 2008, 20.

⁹⁴ Zur Auslegungsfunktion der Menschenwürde in Bezug auf konkrete Rechte vgl.: *Carozza*, Human Dignity, in: Shelton, D. (Hrsg.) *The Oxford Handbook of International Human Rights Law*, Oxford 2015, 345 (353).

⁹⁵ McCrudden, Human Dignity and Judicial Interpretation of Human Rights, *EJIL* 2008, Vol. 19, No. 4, 655 (681); Vgl. auch CESCR, General Comment No. 4: The Right to Adequate Housing (13 December 1991) UN Dok E/1992/23, Rn. 7; CEDAW, General Recommendation No. 21: Equality in Marriage and Family Relations (1994) UN Dok A/49/38, Rn. 16. So auch für die EMRK: Costa, Human Dignity in the Jurisprudence of the European Court of Human Rights, in: McCrudden, C. (Hrsg.) *Understanding Human Dignity*, Oxford 2014, 393 (400).

trachtung der konkreten Behandlung. Offenbar lässt sich hierbei leichter Einigkeit erzielen als im Abstrakten.

Damit kommen wir zu einem weiteren Aspekt der internationalen Menschenwürdegarantie, dem Konsens als wesentlichem Element völkerrechtlicher Verbindlichkeit. Aus dem Sein kann nur insoweit auch ein positiv-rechtliches Sollen abgeleitet werden, als es Eingang in das positive Recht gefunden hat. Es würde dem fundamentalen Achtungsanspruch jedes Menschen widersprechen, wollte man seine eigenen Vorstellungen über dieses Sein zum Maßstab des Sollens in Bezug auf andere machen. Man sollte daher den Bogen unter Berufung auf die Präambeln der internationalen Menschenrechtsinstrumente nicht überspannen. Die Menschenwürde kann nicht als Blaupause für den internationalen Menschenrechtsschutz erhalten. Zentraler Ausgangspunkt bleibt der in diesen Dokumenten anerkannte konkrete Normenkatalog. Wenn darin kein allgemeines Recht auf Achtung der Menschenwürde verbrieft ist, kann der Menschenwürde auf internationaler Ebene auch keine Ergänzungsfunktion zur Annahme neuer Rechte zukommen.⁹⁶ Das bedeutet nicht, dass die Abkommen nicht entwicklungs offen wären, aber eben nur im Rahmen des jeweiligen Normtextes.

Wenn ich anfangs davon sprach, dass der Menschenwürde nach schweren Unrechtserfahrungen eine konsensbildende Funktion bei der Annahme der Menschenrechtspakte zukam, so bedeutet dies im Gegenzug, dass wir diese konsensbildende Funktion nicht durch eine ausufernde Auslegung fernab jeder Einvernehmlichkeit in Frage stellen sollten. Berücksichtigt man, dass in anderen religiös- kulturellen Kontexten das Leben in der Gemeinschaft einen hohen Stellenwert hat, ist fraglich, ob sich der Menschenwürdebegriff in den Internationalen Menschenrechtspakten auf ein Primat der Autonomie reduzieren lässt. Zurückhaltung ist jedenfalls dann geboten, wenn aus der Menschenwürde ein allumfassendes universelles Selbstbestimmungsrecht hergeleitet werden soll, welches über die in den Pakten anerkannten Rechten hinausgeht.

Ähnlich fehlgeleitet wäre meines Erachtens die Postulierung eines allumfassenden Gleichheitsgrundsatzes auf internationaler Ebene.⁹⁷ Die Diskriminierungsverbote in den internationalen Menschenrechtsabkommen beziehen sich nicht ohne Grund auf bestimmte persönliche Merkmale, wie z.B. die ethnische Herkunft. Sie verbieten eine Unterscheidung auf der Grundlage dieser Merkmale, weil eine solche Anknüpfung mit der Achtung des jedem Menschen angeborenen gleichen Werts unvereinbar wäre. Ob darüber hinaus auch alle anderen Formen der Ungleichbehandlung menschenrechtswidrig sind, die keinen Bezug zur Menschenwürde

⁹⁶ So auch: *Dicke*, The Founding Function of Human Dignity in the Universal Declaration of Human Rights, in: Kretzmer, D.; Klein, E. (Hrsg.) The Concept of Human Dignity in Human Rights Discourse, The Hague 2002, 111 (118).

⁹⁷ *Seibert-Fohr*, The Rise of Equality in International Law and its Pitfalls: Learning from Comparative Constitutional Law, 35 Brooklyn Journal of International Law 2010, 1 ff.

aufweisen, bleibt fraglich. Meines Erachtens sollte uns die Rückbesinnung auf die Menschenwürde als Orientierungsgröße für den internationalen Menschenrechtsschutz zu einer Konzentration auf das Wesentliche veranlassen.⁹⁸ Sie kann daher nicht nur als Gradmesser für die Annahme neuer Menschenrechtsabkommen dienen, so wie es die Generalversammlung bereits 1986 gefordert hat, sondern auch als Richtwert für die Auslegung bereits anerkannter Rechte, so dass diese nicht zu kleiner Münze verkommen.⁹⁹

Wenn das rechtliche Sollen so nur ein Teilausschnitt dessen sein kann, was wir ontologisch als Wesen des Menschen beschreiben mögen, so wird dies dem ein oder anderen als unbefriedigend erscheinen. Aber die Gesetzmäßigkeit der Natur kann für sich gesehen nicht Quelle des positiven Völkerrechts sein. Auch wenn man an der Konsensgebundenheit Anstoß nimmt¹⁰⁰, so weist das Konsensprinzip doch einen wesentlichen Vorteil auf, nämlich die Positivierung und damit die universelle Rechtsbindung und Autorität, die dem ethischen Begriff der Menschenwürde in aller Regel fehlt.¹⁰¹ Die Berufung auf die durch die Zustimmung begründete Positivität dieser Rechtsnormen schützt die Normativität des darin verbürgten Grundkonsenses. So wird der Menschenwürde auch zu einer rechtlichen Unverbrüchlichkeit verholfen. Sie vermag es, sich den Anfeindungen kultureller Relativität zur Wehr zu setzen, indem sie sich auf einen universellen Konsens berufen kann, der wesentlich zu ihrer Legitimität und ihrem Achtungsanspruch beiträgt.¹⁰² Als Rechtsbegriff hat die Menschenwürde somit eine besondere Schlagkraft.

Ausgangspunkt für uns Völkerrechtler ist daher zunächst der jeweilige Normtext und damit der universelle Konsens, der die Grundlage der menschenrechtlichen Abkommen bildet. Wenn im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte beispielsweise die Todesstrafe nicht generell verboten ist¹⁰³, so lässt sich

⁹⁸ Anderer Ansicht Carozza, der die Bezugnahme auf die Menschenwürde als mögliche Grundlage für eine erweiternde Auslegung der in den Abkommen garantierten Rechte sieht, die ihnen neue Inhalte beimisst, in: *Carozza, Human Dignity and Judicial Interpretation of Human Rights: A Reply*, 2008 EJIL Vol. 19, No. 5, 931 ff.

⁹⁹ Dementsprechend hat der UN-Menschenrechtsausschuss in *Zinsou v. Benin* eine Verletzung von Art. 7 IPBPR abgelehnt, weil das Tragen einer Gefängnisuniform nicht die Würde des Häftlings in Frage stellte, vgl: MRA, *Zinsou v. Benin*, Communication No. 2055/2011 (18. Juli 2014), Rn. 7.2.

¹⁰⁰ So beispielsweise *Schockenhoff*, Die Achtung der Menschenwürde in der technisch-wissenschaftlichen Zivilisation, in: Rauscher, A. (Hrsg.) *Handbuch der Katholischen Soziallehre*, Berlin 2008, 61 (66 ff.).

¹⁰¹ *Bayertz*, Menschenwürde, in: Sandkühler, H.J. (Hrsg.), *Enzyklopädie Philosophie*, 2010, Band 1, 1553 (1557).

¹⁰² Der Ausschuss kann daher den Staaten, die sich auf religiöse Grundüberzeugungen berufen, um die Todesstrafe für Apostasie zu rechtfertigen, mit der Rechtsverbindlichkeit des Pakts entgegenen, ohne sich auf Fragen der kulturellen Diversität einlassen zu müssen.

¹⁰³ Art. 6 (2) IPBPR: „In Staaten, in denen die Todesstrafe nicht abgeschafft worden ist, darf ein Todesurteil nur für schwerste Verbrechen auf Grund von Gesetzen verhängt werden, die zur Zeit der Begehung der Tat in Kraft waren und die den Bestimmungen dieses Paktes und der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes nicht widersprechen.“

über diese textliche Vorgabe – auch wenn dies meinen ethischen Überzeugungen zutiefst widerstrebt – nicht einfach unter Bezugnahme auf die Menschenwürde hinweggehen, solange keine Anzeichen für einen geänderten Normkonsens bestehen, sei dies nun aufgrund einer am Wandel der Staatenpraxis orientierten einschränkenden Auslegung¹⁰⁴ oder auf der Grundlage des Zweiten Fakultativprotokolls.¹⁰⁵ Obgleich der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte mit guten Gründen einen solchen Wandel in Europa anerkannt hat¹⁰⁶, befürchte ich, dass dieser weltweit trotz gewisser Entwicklungstendenzen noch auf sich warten lässt, so dass ein Verbot nur für die Vertragsstaaten gilt, welche dem Zweiten Fakultativprotokoll bereits beigetreten sind.

Immerhin lässt sich aber selbst auf universeller Ebene eine Konsensbildung in Bezug auf Ausnahmen von der Todesstrafe erkennen. Ein Beispiel ist das Verbot der Hinrichtung psychisch-kranker Straftäter. Auch diese Entwicklungen sind von Menschenwürdevorstellungen geprägt, welche zunehmend konsensfähig werden. Der Prozess mag länger dauern, aber die Rückbindung an den Konsens bürgt für dessen Nachhaltigkeit.

7. Schlussbetrachtung

Zusammenfassend kann ich heute einmal mehr festhalten, dass ich mit der Verankerung der Menschenwürde im Völkerrecht nicht die Weltformel in den Händen halte – oder, wie Kurt Bayertz, es formuliert, mit der Menschenwürde nicht über einen Passepartoutschlüssel für die Lösung ethischer Probleme verfüge.¹⁰⁷ Viele Fragen, die sich im ethischen Diskurs stellen, können auf völkerrechtlicher Grundlage nicht abschließend beantwortet werden. Gleichwohl hoffe ich aufgezeigt zu haben, dass die völkerrechtliche Menschenwürdegarantie keine Leerformel ist, oder gar, wie Schopenhauer es ausdrückte, ein „Schibboleth aller rat- und gedankenlosen Moralisten, die ihren Mangel an einer wirklichen oder wenigstens doch irgendetwas sagenden Grundlage der Moral hinter dem Ausdruck Würde des Menschen verstecken“.¹⁰⁸

Es steht außer Zweifel, dass mit der Anerkennung und Rezeption des Menschenwürdebegriffs ein sittlicher Wert Eingang ins positive Völkerrecht gefunden

¹⁰⁴ Vgl. dazu Art. 31 (3) Wienervertragsrechtskonvention.

¹⁰⁵ In der Präambel des Zweiten Fakultativprotokolls zum IPBPR vom 15. Dezember 1989 wird ausdrücklich darauf verwiesen, dass die Abschaffung der Todesstrafe zur Förderung der Menschenwürde beiträgt.

¹⁰⁶ EGMR, *Soering v. Großbritannien*, Urteil vom 7. Juli 1989, Nr. 14038/88, Rn. 103; EGMR, *Öcalan v. Turkey* [GC], Urteil vom 12. Mai 2005, Nr. 46221/99, Rn. 163.

¹⁰⁷ Bayertz, Menschenwürde, in: Sandkühler, H.J. (Hrsg.), *Enzyklopädie Philosophie*, 2010, Band 1, 1553 (1555).

¹⁰⁸ *Schopenhauer*, Preisschrift über die Grundlage der Moral, Hamburg 1979, 522.

hat.¹⁰⁹ Dementsprechend nimmt dieser Begriff in den internationalen Menschenrechtsabkommen eine Brückenfunktion zwischen dem Recht und vorpositiven anthropologischen und ethischen Überzeugungen ein.¹¹⁰ Eine Abschottung der Auslegung des Menschenwürdebegriffs gegenüber religiösen bzw. weltanschaulichen Überzeugungen wäre daher verfehlt.¹¹¹

Andererseits können wir bei der Auslegung nicht auf ein Konglomerat religiöser Anschauungen abstellen, die sich, wie wir gesehen haben, nicht unwesentlich unterscheiden. Auch philosophische Begründungsstrategien können in all ihrer Verschiedenheit nur schwerlich Allgemeinverbindlichkeit für sich in Anspruch nehmen.¹¹² Aufgrund seiner semantischen Offenheit kann der Begriff der Menschenwürde – vermutlich war gerade diese Unbestimmtheit ein Grund für dessen Konsensfähigkeit bei der Verabschiedung der universellen Menschenrechtsabkommen¹¹³ – nicht zum Transformationsvehikel partikularer ethischer oder anthropologischer Ansichten in das Recht werden.¹¹⁴ Die inhaltliche Begriffsbestimmung der Vertragstexte kann nur auf der Grundlage der Konsensbildung erfolgen.¹¹⁵ Um wirksam zu werden, muss ihr Sinngehalt im Wege des Dialogs dieser Überzeugungen ermittelt werden.¹¹⁶

Ogleich sich ein solcher Konsens letztlich aus ethischen Grundeinstellungen speist, gilt dies aber eben nur soweit als sie in den Menschenrechtsabkommen ihren Niederschlag gefunden haben und deren Auslegung beispielsweise im UN Menschenrechtsausschuss konsensfähig ist.¹¹⁷ Dass ein Konsens möglich ist, hat die Kodifizierung der Menschenrechte in den internationalen und regionalen

¹⁰⁹ Ähnlich zum Verfassungsrecht: Dürig, Der Grundrechtssatz von der Menschenwürde, Archiv des öffentlichen Rechts 1956, Vol. 81, No.2, 117.

¹¹⁰ Ähnlich in Bezug auf das GG *Bayertz*, Menschenwürde, in: Sandkühler, H.J. (Hrsg.), Enzyklopädie Philosophie, 2010, Band 1, 1553 (1555).

¹¹¹ *Bielefeldt*, Menschenwürde: Der Grund der Menschenrechte, Deutsches Institut für Menschenrechte, Berlin, 2008, 33.

¹¹² Zur Entstehung des Menschenwürdebegriffs: *Von der Pfordten*, Menschenwürde, München, 2016.

¹¹³ *Carozza*, Human Dignity, in: Shelton, D. (Hrsg.) The Oxford Handbook of International Human Rights Law, Oxford 2015, 345 (349).

¹¹⁴ *Bayertz*, Menschenwürde, in: Sandkühler, H.J. (Hrsg.), Enzyklopädie Philosophie, 2010, Band 1, 1553 (1557)

¹¹⁵ *Neuman*, Discourses of Dignity, in: McCrudden, C. (Hrsg.) Understanding Human Dignity, Oxford 2014, 637 (648).

¹¹⁶ *Bielefeldt*, Menschenwürde: Der Grund der Menschenrechte, Deutsches Institut für Menschenrechte, Berlin, 2008, 33.

¹¹⁷ Dicke weist in Bezug auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte nach, dass diese unterschiedliche Traditionen miteinander verband, ohne das Menschenwürdekonzept mit einer bestimmten Tradition zu verbinden: *Dicke*, The Founding Function of Human Dignity in the Universal Declaration of Human Rights, in: Kretzmer, D.; Klein, E. (Hrsg.) The Concept of Human Dignity in Human Rights Discourse, The Hague 2002, 111 (114 ff.).

Menschenrechtsabkommen gezeigt. Auch die Genese einer den Sinngehalt der Menschenwürde zunehmend ausdifferenzierenden Auslegungspraxis durch den plural besetzten Menschenrechtsausschuss steht für Konsensfähigkeit. Selbst wenn diese oft einzelfallbezogen ist und nicht als Produkt einer deduktiven Ableitung in Erscheinung tritt, so zeigt sie doch, dass sie sich auf gemeinsame Grundannahmen induktiv zurückführen lässt.¹¹⁸ Wenn sich dieser universelle Konsens also aus unterschiedlichen ethischen Grundannahmen speist, die offenbar einen generalisierbaren Kern aufweisen, so stellt dieser eine unverzichtbare Grundlage des internationalen Menschenrechtsschutzes dar.¹¹⁹ Pluralität bedeutet daher keineswegs Wertneutralität. Die internationale Ordnung mit ihrem Bekenntnis zu unverbrüchlichen Menschenrechten ist keine wertneutrale Ordnung.

Gleichwohl ist Zurückhaltung angebracht. Die konsensbildende Funktion des Menschenwürdebegriffs gibt uns nämlich auf, unsere ethischen Vorstellungen nicht an die Stelle eines universellen Konsenses zu setzen. Wenn dieser Konsens maßgeblich auf schwere Unrechtserfahrungen zurückgeht, so verlangt uns dieser auch bei der Auslegung eine Konzentration auf Kerngehalte ab. Ein Ausufern würde Gefahr laufen, sich außerhalb dieses Kernanliegens zu bewegen. Nur so kann der Spagat zwischen Universalitätsanspruch und Pluralität der Wertordnungen gelingen und die Menschenwürdegarantie im internationalen Menschenrechtsschutz nachhaltige Wirkung entfalten.

¹¹⁸ Für eine induktive Herleitung allgemein sprechen sich auch aus: *Addis*, Human Dignity in Comparative Constitutional Context: In Search of an Overlapping Consensus, 2 *Journal of International and Comparative Law* 2015; *Andorno*, The Paradoxical Notion of Human Dignity, 2001 *Rivista internazionale di filosofia del diritto* 78 (2), 151 (161 f.).

¹¹⁹ Bielefeldt spricht von der Resonanz der Menschenwürdeidee in unterschiedlichen religiös-weltanschaulichen Kontexten, vgl. *Bielefeldt*, Menschenwürde: Der Grund der Menschenrechte, Deutsches Institut für Menschenrechte, Berlin, 2008, 30.